

Jugendgerechte Dialogbrücken bauen

Digitale Jugendbeteiligung als Chance für mehr Demokratie.

Von Daniel Poli

Abstract Aktuell sieht sich die repräsentative Demokratie großen Herausforderungen gegenüber. Um diesen begegnen zu können, sollte die Jugend als künftiger Träger der Demokratie stärker in den Blick genommen und die etablierten politischen Strukturen und Prozesse für sie geöffnet werden. Digitale Jugendbeteiligung ist hierbei als große Chance zu betrachten, da sie eine vielfältige und flexible Partizipationskultur ermöglicht. Online-basierte Verfahren können den Partizipationsprozess und sein Ergebnis für junge Menschen sichtbar machen und ihnen somit eine frühzeitige positive Erfahrung mit demokratischer Beteiligung ermöglichen. Wie E-Partizipation gelingen kann, zeigen die Projekte „youthpart“ und „EUth – Tools and Tips for Mobile and Digital Youth Participation in and across Europe“.

Die repräsentative Demokratie wird aktuell weltweit durch einen erstarkten Rechtspopulismus, den Erfolg autoritärer Regierungen, aber auch durch ein Erodieren traditionsreicher Volksparteien, niedrige Wahlbeteiligung und eine Zunahme von Wechselwählerschaften herausgefordert. Teile der Bürger_innen haben ihr Vertrauen in Parlamente und Regierungen verloren und fühlen sich von den etablierten Parteien und Institutionen nicht mehr repräsentiert. Auf der anderen Seite steigt, gerade bei jungen Menschen, das politische Interesse. So zeigt die aktuelle Shell-Jugendstudie, dass sich im Vergleich zu 30 Prozent im Jahr 2002 im Jahr 2015 41 Prozent der Jugendlichen als „politisch interessiert“ bezeichnen und damit auch den Wunsch verbinden, sich verstärkt an Politik und Gesellschaft beteiligen zu wollen (vgl. Deutsche Shell Holding 2016). Die Zustimmung zur Idee der Demokratie ist laut der FES-Jugendstudie 2015 mit 87 Prozent weiterhin hoch, doch bringen nur insgesamt 44 Prozent der jungen Menschen den parteienstaatlichen Institutionen Vertrauen entgegen (vgl. Gaiser et al.

Daniel Poli ist Geschäftsbereichsleiter bei IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. Er entwickelt und verantwortet Projekte zur Stärkung digitaler Jugendbeteiligung auf nationaler und europäischer Ebene.

2016). Angesichts dieser Entwicklungen sollte das Augenmerk verstärkt auf die Jugend als künftigem Träger der Demokratie und ihr Verhältnis zur Politik gelegt werden. Jugendliche wollen sich einbringen, doch fehlen derzeit adäquate Angebote, etablierte Prozesse repräsentativer Demokratie für die Bedürfnisse und Wünsche junger Menschen zu öffnen.

Repräsentationsdefizit junger Menschen

Bis auf wenige Ausnahmen sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren davon ausgenommen, sich an der repräsentativen Demokratie zu beteiligen. Ihr Wahlrecht, so die gängige Argumentation, werde stellvertretend von den Sorgeberechtigten wahrgenommen. Doch Kinder und Jugendliche haben handfeste eigene Interessen, die auf der einen Seite ihrer konkreten Lebenssituation entspringen und Bereiche wie Stadtplanung, Familien- und Bildungspolitik oder die Ausübung ihrer Freizeitinteressen betreffen (vgl. Hurrelmann 2001). Auf der anderen Seite bestehen Interessenskonflikte zwischen den Generationen um beispielsweise gerechte Ressourcenverteilung, Staatsverschuldung, Klimaschutz, Partizipation, Renten- oder Netzpolitik. Politische Entscheidungsträger_innen sind jedoch nicht auf die Stimmen von Kindern und Jugendlichen angewiesen und müssen demnach deren spezifische Interessen nicht notwendigerweise in ihre Wahlversprechen, Parteiprogramme oder Entscheidungen einfließen lassen (vgl. von Winter 1997). Dieses Missverhältnis verschärft sich mit der demografischen Entwicklung. So wird die Zahl der Jugendlichen unter 20 Jahren von heute 17 Millionen auf knapp 10 Millionen im Jahre 2050 sinken, die Zahl der über 60-Jährigen dagegen von 18 auf 28 Millionen steigen, wodurch die Interessen junger Menschen noch stärker in den Hintergrund politischer Entscheidungsfindung rücken. Damit einher geht ein weiteres gesellschaftspolitisches Problem.

Im Jahr 2050 wird die Zahl der Jugendlichen unter 20 Jahren auf 10 Millionen sinken, die der über 60-Jährigen auf 28 Millionen steigen.

Wie sollen Kinder und Jugendliche frühzeitig demokratisches Handeln lernen, wenn sie kaum positive Erfahrungen damit machen können, ihre Interessen mit sichtbaren Effekten in das politische System einzubringen? Rein formale Möglichkeiten zur Partizipation reichen Jugendlichen nicht aus, um ihrem Interesse im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft zu entsprechen. Klassische Beteiligungsformen wie das Mitwirken in Parteien sind für Jugendliche immer weniger attraktiv. Vielmehr tendieren sie zu kurzfristigem Engagement ohne längerfristige

Mitgliedschaften und setzen sich für konkrete, lebensweltbezogene Themen ein. Sie engagieren sich in sozialen Bewegungen, Protestgruppen und nicht-organisationsbezogenen Aktivitäten, wie Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Warenboykotten, medialen Protesten, Petitionen und Flashmobs (vgl. BMFSFJ 2017, S. 12). Will man also auch in Zukunft die repräsentative Demokratie lebendig halten, müssen jene neuen Formen jugendgerechter Beteiligung verstärkt in den Blick genommen und Dialogbrücken zwischen etablierten politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen und dem vielfältigen Engagement junger Menschen geschaffen werden.

Internet als Chance für die Partizipation junger Menschen

Das Internet ist ein wirkungsvoller Kommunikations- und Kulturraum, der weitreichende Entfaltungsmöglichkeiten für jeden Einzelnen sowie neue Chancen für die demokratische Weiterentwicklung unserer Gesellschaft eröffnet. Beinahe alle Jugendlichen nutzen das Internet und verstehen internetgestützte Kommunikation als integrierten Teil ihrer Lebenswirklichkeit. 97 Prozent aller jungen Menschen besitzen zu Hause einen Zugang zum Netz und verbringen hier einen Großteil ihrer Freizeit (vgl. mpfs 2016). Die intensive Internetnutzung ist insbesondere durch den kommunikativ multimedialen Austausch in Sozialen Netzwerken geprägt und findet überwiegend über Smartphones statt. Dabei handelt es sich nicht um eine bloß private, freizeitorientierte Beschäftigung. Vielmehr beziehen Jugendliche im

Jugendliche beziehen in Sozialen Netzwerken Position zu gesellschaftlichen Diskursen oder kulturellen Phänomenen.

Rahmen ihrer Aktivitäten in Sozialen Netzwerken Position zu gesellschaftlichen Diskursen oder kulturellen Phänomenen. Sie tun dies über Gruppenmitgliedschaften, Statements in Profilingaben, Bilder in Selbstdarstellungen oder themenbezogene Postings. Sie werden selbst aktiv und nutzen Plattformen als Werkzeuge, um sich kreativ mit der Gegenwartskultur auseinanderzusetzen und sich in Diskussionen zu gesellschaftspolitischen Themen einzubringen. Darüber hinaus aktivieren sie andere, indem sie Termine ankündigen, Aufforderungen zur Teilnahme an Initiativen und Petitionen teilen oder zu selbstorganisierten Aktionen einladen (vgl. Wagner et al. 2009). Untersuchungen zeigen, dass etwa die Hälfte der Jugendlichen schon einmal Online-Unterschriften geleistet oder sich an Online-Petitionen beteiligt hat, 37,5 Prozent haben zu einer Aktion aufge-

rufen und 32,8 Prozent zu einer Internet-Aktion eingeladen (vgl. Wagner et al. 2011, S. 13). Befragt man junge Menschen nach ihren Vorstellungen von politischer Online-Beteiligung, zeigen sie eine hohe Affinität zu direktdemokratischen und deliberativen Verfahren. Im Rahmen öffentlicher Diskurse und Beratungen können in besonderem Maße neue Ideen generiert und eine bessere politische Planung realisiert werden. Doch rein digitale Partizipation wird von einer großen Gruppe der jungen Menschen abgelehnt. Bevorzugt wird die Kombination von analoger Offline-Partizipation und digitaler Jugendbeteiligung im Rahmen einer „Blended Democracy“ (vgl. Kersting 2016). Es gilt also, jugendgerechte Dialogbrücken zwischen politischen Diskursen junger Menschen und etablierten Entscheidungsfindungsprozessen zu bauen und dabei die Möglichkeiten online-basierter Kommunikation nutzbar zu machen.

Guidelines gelingender E-Partizipation

Ausgehend von der Fragestellung, wie online-gestützte Partizipation jugendgerecht ermöglicht werden kann, wurde mit dem von der IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit koordinierten multilateralen Kooperationsprojekt „youthpart“ ein Rahmen geschaffen, um gemeinsam mit Fachleuten aus Finnland, Österreich, Spanien, Deutschland, Großbritannien und in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Guidelines für gelingende E-Partizipation Jugendlicher zu entwickeln. Damit konnte 2014 ein Referenzrahmen für Politik, Verwaltung, Jugendverbände und Jugendliche auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene vorgelegt werden, der neben allgemeinen Prinzipien die Struktur idealer E-Partizipationsprozesse beschreibt und konkrete Empfehlungen gibt (vgl. IJAB 2014). Unterschieden wird darin zwischen direkter (transitiver) und indirekter (intransitiver) Partizipation. Direkte Beteiligung beschreibt Prozesse, die in ein Entscheidungsfindungsverfahren eingebettet sind. Die Teilnahme daran hat eine direkte Wirkung auf Entscheidungen. Indirekt dagegen beteiligt man sich durch die Unterstützung bestimmter Positionen oder Themen in Sozialen Medien, durch das Mitmachen bei Protestaktionen oder Demonstrationen online und offline. Der Fokus des Projekts lag auf transitiven Prozessen, um den Brückenschlag zwischen gewählten Vertreter_innen parlamentarischer Demokratie und ihrer Organe und den Interessen und Ausdrucksformen junger Menschen zu realisieren. Dabei müssen in den verschiedenen



Abb. 1: Das Kooperationsprojekt „youthpart“ beschäftigte sich 2011 bis 2014 mit E-Partizipation.

Phasen von der Entwicklung, der Umsetzungs-, Zugangs- und Informationsphase über die Dialog-, Output- und Ergebnis- bis zur Auswertungsphase bestimmte Grundprinzipien eingehalten werden: Digitale Jugendbeteiligung muss sich an den Lebensumständen junger Menschen orientieren und die Verfahren räumlich, sozial, thematisch und medial anpassen. Um dies abzusichern, müssen Jugendliche in allen Phasen des Prozesses involviert sein. Partizipation braucht sichtbare Ergebnisse und eine strukturelle Anbindung an politische Entscheidungsprozesse. Dafür werden ausreichende Ressourcen hinsichtlich materieller Ausstattung und personeller Assistenz benötigt. So müssen einerseits jugendgerechte Formate gemeinsam mit der Zielgruppe entwickelt und andererseits die Spezifika administrativer Prozesse, beispielsweise kommunaler Entscheidungsfindung, berücksichtigt werden. Gleichzeitig ist es notwendig neben internetgestützten Tools auch geeignete Offline-Methoden und Events zu organisieren, um gelingende Jugendpartizipation zu ermöglichen.

Neue Tools für jugendgerechte Beteiligung in Europa

Damit auch Anfänger_innen professionelle und gelingende Projekte initiieren können, wird derzeit im Rahmen des EU-finanzierten Innovations- und Forschungsprojekts „EÜth – Tools and Tips for Mobile and Digital Youth Participation in and across Europe“ die Toolbox OPIN entwickelt.¹ OPIN ist eine

1 Mehr Informationen sind unter www.euth.net sowie www.opin.me abrufbar.

webbasierte Plattform für digitale und mobile Jugendbeteiligung, die unkompliziert in die Webseiten von Jugendorganisationen oder öffentlichen Verwaltungen eingebettet werden kann. Sie berücksichtigt alle Phasen eines E-Partizipationsprojektes und verbindet Online- mit Offline-Methoden. Darüber hinaus bringt die Plattform das mobile Element „FlashPoll“ mit der bewährten Partizipationssoftware „Adhocracy“ zusammen und kommt damit dem Bedürfnis junger Menschen entgegen, sich auch über mobile Endgeräte zu beteiligen. Zudem werden Tipps und Guidelines für die Initiator_innen von Partizipationsprojekten zur Verfügung gestellt. Dazu wird ein Tool entwickelt, bei dem nach Ausfüllen eines Fragebogens automatisch Online-Tools und Offline-Aktivitäten vorgeschlagen werden, die in die Planung des Partizipationsprozesses eingebettet werden können. Die OPIN-Features garantieren somit eine hohe Beteiligungsqualität. Praktische Tipps und ein Projektmanagement-Tool helfen, die richtigen Beteiligungswerkzeuge zu finden und unterstützen bei der Planung des Prozesses. Die Entwicklung der Plattform wird bis Ende 2017 abgeschlossen sein. Bereits jetzt können drei grundlegende Beteiligungsprozesse mit der Plattform umgesetzt werden: Ideensammlung, gemeinschaftliche (kollaborative) Textarbeit und mobile Umfragen:

- ▶ Die Ideensammlung hat den Vorteil, Jugendliche zu einem spezifischen Thema befragen zu können oder einen allgemeinen Prozess zur Festlegung einer Agenda umzusetzen. Die Funktionalität von OPIN-Prozessen ermöglicht jungen Leuten, Vorschläge zu entwickeln, sich zu vorhandenen Ideen zu äußern und über sie abzustimmen.
- ▶ Gemeinschaftliche Textarbeit ist für Jugendorganisationen, Jugendräte oder öffentliche Verwaltungen besonders nützlich, da sie oft Positionspapiere, Erklärungen oder Arbeitsprogramme mit Jugendlichen erarbeiten und sich wünschen, dies mit digitalen Werkzeugen zu unterstützen. Der Prozess erlaubt, einen Entwurfstext Absatz für Absatz auf der gemeinsamen Plattform zu entwickeln. Anschließend können Jugendliche eingeladen werden, sich zu jedem einzelnen Paragraphen zu äußern und über die besten Kommentare abzustimmen.
- ▶ Mobile Umfragen stellen eine weitere Möglichkeit dar, um Jugendliche schnell in Entscheidungsprozesse durch Abstimmungen in einem geografisch festgelegten Gebiet einzubeziehen. „FlashPoll“ ist eine freie mobile App.

Sie erlaubt professionelle Umfragen mit Jugendlichen vor Ort zu bestimmten Terminen und an bestimmten Orten via Mobiltelefon durchzuführen.

Wahlweise können die verschiedenen Angebote durch eine Kartenfunktion unterstützt werden. So ist es für eine Kommune möglich, einen Prozess zu starten, bei dem junge Menschen auf einer Landkarte bestimmte Orte markieren und Vorschläge für verbesserte Freizeitangebote, jugendgerechte Mobilität oder stadtplanerische Neukonzeptionen einbringen können. Die Prozesse werden über die Plattform zeitlich strukturiert und mit Offline-Methoden, wie einem „Town-Hall-Meeting“, angereichert. Somit können Jugendliche, die sich beteiligen wollen, von Beginn an sehen, welche Phasen des Partizipationsprozesses wann stattfinden und entscheiden, wie stark sie sich

Abb. 2: OPIN ist ein innovativer Werkzeugkasten für die partizipative Einbindung junger Menschen.

Entdecke OPIN

Registriere dich und probiere die neusten Funktionen von OPIN aus:



Brainstorming -
Testprojekt



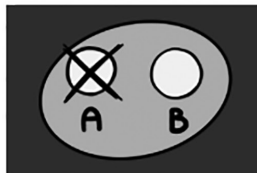
Ideenwettbewerb -
Testprojekt



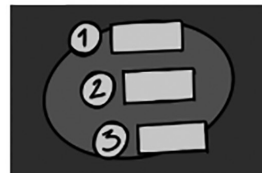
Text Bearbeiten -
Testprojekt



Brainstorming mit
Kartenfunktion -
Testprojekt



Umfrage-Tool -
Testprojekt



Tagesordnung
erstellen -
Testprojekt

einbringen möchten. Will man sich nur an der Ideensammlung beteiligen, die physische Jugendkonferenz aber auslassen und am Ende beim Voting wieder einsteigen, wird dies durch den auf der Plattform dargestellten Ablauf des Gesamtprozesses ermöglicht. Dies entspricht in hohem Maße der von jungen Menschen geforderten Flexibilität und Transparenz von Beteiligungsprozessen. Darüber hinaus können auch Abläufe der Verwaltung und bestimmte Termine, wie Ratssitzungen oder Tagungen des Jugendhilfeausschusses, einbezogen werden, um auch hier eine Anschlussfähigkeit an Entscheidungsfindungsprozesse der Politik und Verwaltung zu gewährleisten. Im Idealfall soll die Mitwirkung Jugendlicher mit Wirkung, das heißt mit einem für alle nachvollziehbaren Resultat enden und beispielsweise die von den meisten Jugendlichen in einer Kommune unterstützte Idee umgesetzt werden.

Abb. 3: Die Mapping-Funktion erlaubt es, Gestaltungsideen mithilfe einer Karte zu visualisieren.

Change the schoolyard
by OPIN Examples
we want to change the schoolyard. Propose your ideas of where to build what!
PHASE 2/2
03/31/2017 5 p.m. - 05/31/2017 6 p.m.
WHICH IDEA SHOULD WE BUILD

TIMELINE

INFORMATION PARTICIPATION RESULT

propose your ideas
Start Date 02/14/2017 4 p.m.
End Date 03/31/2017 5 p.m.
put your ideas on the map

VIEW ON LIST

Leaflet | © OpenStreetMap contributors

Sort by Most recent

CCTV cameras
karolito Feb. 27, 2017

Fazit: Vielfältige Partizipationskultur mit jungen Menschen entwickeln

Will man sich den gegenwärtigen Herausforderungen repräsentativer Demokratie stellen, muss eine Neujustierung der Rolle der Jugend als künftigem Träger demokratischer Praxis vorgenommen und die etablierten politischen Strukturen und Prozesse für die Interessen, Bedürfnisse und Wünsche junger Menschen geöffnet werden. Online-basierte Verfahren können dabei helfen, wirksame Partizipation zu etablieren. Digitale Jugendbeteiligung ermöglicht Partizipation unabhängig von Ort und Zeit und schafft flexible Beteiligungschancen. So können mehr junge Menschen erreicht und eine größere Transparenz geschaffen werden, die alle Schritte der Partizipation sichtbar macht und junge Menschen nachvollziehen lässt, welche Wirkung ihre Beteiligung erzielt hat.

Digitale Jugendbeteiligung trägt dazu bei, eine umfassende Partizipationskultur zu beleben, die jedoch von allen gesellschaftspolitischen Akteuren unterstützt und weiterentwickelt werden muss, um Dialogbrücken zwischen politischen Diskursen junger Menschen und etablierten Entscheidungsfindungsprozessen zu bauen und nachhaltig zu etablieren. Denn nur, wenn junge Menschen in Schule, Ausbildung, Familie und Freizeit frühzeitig positive Erfahrungen mit demokratischer Beteiligung machen und ihre Interessen Berücksichtigung finden, werden Rechtspopulismus und autoritär illiberale Tendenzen zugunsten einer nachhaltig lebendigen Demokratie zurückgedrängt.

Literatur

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. <https://www.bmfsfj.de/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (zuletzt aufgerufen am 10.4.2017).
- Deutsche Shell Holding (2016): 17. Shell Jugendstudie - JUGEND 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt am Main.
- Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (Hg.) (2016): Jung-Politisch-Aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen – Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015. Bonn.
- Hurrelmann, Klaus (2001): Warum die junge Generation politisch stärker partizipieren muss. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 51. Jg., Nr. 44, S. 3-7.
- IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (2014): *Guidelines für gelingende ePartizipation Jugendlicher in Entscheidungsprozessen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer*

- Ebene. https://www.ijab.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/Guidelines_Participation_dt.pdf (zuletzt aufgerufen am 31.3.2017).
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (2016): JIM 2016. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland. Stuttgart.
- Kersting, Norbert (2016): Jugend und politische Partizipation: Online- oder Offline-Beteiligung. In: Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien. Wiesbaden.
- Theunert, Helga (2011): Aktuelle Herausforderungen für die Medienpädagogik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 61. Jg., Nr. 3, S. 24-29.
- Wagner, Ulrike/Brüggen, Niels/Gebel, Christa (2009): Web 2.0 als Rahmen für Selbstdarstellung und Vernetzung Jugendlicher. Analyse von jugendnahen Internetplattformen und ausgewählten Selbstdarstellungen von 14- bis 20-Jährigen. Erster Teil der Studie „Das Internet als Rezeptions- und Präsentationsfläche für Jugendliche“. München. http://www.jff.de/dateien/Bericht_Web_2.0_Selbstdarstellungen_JFF_2009.pdf (zuletzt aufgerufen am 14.4.2017).
- Wagner, Ulrike/Gerlicher, Peter/Brüggen, Niels (2011): Partizipation im und mit dem Social Web – Herausforderungen für die politische Bildung. Expertise für die Bundeszentrale für politische Bildung. München.
- Weßels, Bernhard (2016): Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 400-406.
- von Winter, Thomas (1997): Sozialpolitische Interessen. Konstituierung, politische Repräsentation und Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Baden-Baden.